Fuldaer Zeitung

Konservative Hetze entgegentreten!

Bereits seit Anfang des Jahres führt die „Fuldaer Zeitung“ eine Hetz-Kampagne gegen den Mindestlohn durch. Unter Einbeziehung ominöser WirtschaftsexpertInnen wird gezielt falsch über die Auswirkungen des gesetzlichen Mindestlohns als „Bürokratiemonster“ und angebliche Arbeitsplatzvernichtung gehetzt.

Dabei zeigt die Fuldaer Zeitung unbehelligt auf welcher Seite sie steht, denn sie arbeitet mit der Lobby-Organisation „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ zusammen. Diese und die Nähe zur CDU erklärt mitunter die unternehmerfreundliche Berichterstattung.

Mindestlohn von 8,50 Euro – Ein Einkommen zum Auskommen?

Anfang dieses Jahres ist der Mindestlohn von 8,50€ in Kraft getreten. Diese sozialpolitische Reform soll uns vorgaukeln dass es hier für alle ein Stück vom Kuchen gäbe. Doch ist es wirklich so?

Unsere Zukunft!

STATT EURE PROFITE

Genau das spielt in der öffentlichen Debatte keine Rolle. Vielmehr widmet man sich den Interessen der deutschen Wirtschaft: „Wer das denn alles bezahlen solle?!“,tönt es von den Arbeitgeberverbänden und der „Fuldaer Zeitung“.

Doch keine Sorge. Um die Kosten für die Unternehmer möglichst klein zu halten, hat die Bundesregierung wieder ihr Erfolgsrezept parat.
Nämlich die Umlegung der Kosten auf die Leute, die arbeiten gehen oder lernen um arbeiten zu gehen

Weder flächendeckend noch ausreichend

Der Beschluss ist gespickt von Ausnahmen: PraktikantInnen, Minijobber und Jugendliche unter 18 sind beispielsweise von diesem Mindestlohn ausgeschlossen. Also genau die gesellschaftlichen Gruppen die von Ausbeutung durch schlechte Löhne mit am meisten betroffen sind.

12 Euro Mindestlohn? Jetzt Sofort!

Angeblich sollen unter 18-Jährige durch den Ausschluss dazu bewegt werden, eher eine Ausbildung zu beginnen als zu jobben.

Doch auch die Ausbildungsvergütung reicht in den meisten Fällen nicht für ein selbstbestimmtes Leben.

Die Alternative muss erkämpft werden!

Selbst diejenigen, die einen Mindestlohn bekommen, haben keinen wirklichen Grund sich zu freuen, denn selbst mit einer 38,5 Stundenwoche liegt man noch 23 Euro unterhalb der staatlichen Unterstützung. Auch ein Aufstocken auf Hartz-IV-Niveau bedeutet aber keine Existenzsicherung. 4,52 Euro pro Tag für Essen & Trinken bedeutet Mangelernährung. 65 Cent für öffentliche Verkehrsmittel und 26 Cent für Café besuche bedeuten gesellschaftliche Isolation.

Ein Mindestlohn mit Ausnahmen rüttelt also nicht im geringsten an den prekären Bedingungen unter denen Jugendliche und insbesondere junge Frauen in Praktika, Minijobs und Ausbildung arbeiten und leben müssen.

Deshalb fordern wir:

>> Gesetzlicher Mindestlohn von 12 EUR pro Stunde!

>> Verbot von Leiharbeit!

>> Unbefristete Übernahme im erlernten Beruf!

>> Für ein Ausbildungsgesetz - wer nicht ausbildet, muss zahlen!

>> Geld für Bildung statt für Banken und Konzerne!

SDAJ Fulda